

Denkmalschutz für Pahlkebad soll Abriss verhindern!

Mit allen Mitteln versuchten CDU und FDP in den letzten Monaten, die vorgesehene Renovierung des Pahlkebades zu verhindern und stattdessen den Neubau eines kleineren Stadtteilbades durchzusetzen. Dabei wurden in geradezu unlauterer Art und Weise nicht

Baufirma gebaut. "Ein Schelm, der dabei Böses denkt...". Zudem ist die Finanzierung eines Neubaus entgegen aller Zusicherungen finanziell nicht gesichert, sondern steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung. Und die steht nach Meinung der **SPD** alles andere als fest.

SPD-Fraktionschef

Lothar Beine: "Angesichts der Finanzlage der Stadt ist nicht davon auszugehen, dass ein Neubau genehmigt wird. Dieses Risiko wollen wir nicht eingehen."

Um das Pahlkebad zu retten, hat die **SPD** beantragt, zu prüfen, ob das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt



Stadtbad Rheydt-Pahlkebad soll abgerissen werden (Foto: NVV-AG)

vergleichbare Flächen, Nutzungen und Kosten gegenübergestellt. So sollte ein Neubau durchgesetzt werden, der gleichzeitig noch Bauflächen für neue Häuser freimacht. Aufgedeckt wurde bei den Recherchen, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende Besten als Gutachter beteiligt war, ohne sich als befangen zu erklären, und dass sein Stellvertreter Brandts in interner Sitzung den Neubau propagierte. Das Modellbad wird übrigens in Wassenberg von einem Gladbacher Architekturbüro geplant und von einer Gladbacher

werden kann. Nachdem die Entscheidung über das Pahlkebad in der letzten Ratssitzung wieder vertagt worden ist, hat die **SPD-Fraktion** sofort mit dem Landeskonservator, Prof. Dr. Udo Mainzer, gesprochen. Dieser hat eine Entscheidung über den Denkmalschutz noch im Januar zugesagt. Die **SPD** sieht dieser Entscheidung mit großem Optimismus entgegen und erwartet, dass der Rat am 27. Februar die Sanierung des denkmalgeschützten Bades beschließt.

Bürgerservice tritt auf der Stelle

Zunächst bleibt doch alles beim Alten. Die große Bürgerserviceoffensive von FDP und CDU wurde vom Antragsteller selber "versenkt".

Die **SPD-Fraktion** hat gegen die Vertagung gestimmt, denn der weitere Ausbau im Bürgerservice ist wichtig. So sollen die Bürgerinnen und Bürger in allen Bezirksverwaltungsstellen ein wohnortnahes Angebot in vielen Verwaltungsangelegenheiten erhalten. Auch weitere Öffnungszeiten an den Samstagen für die Erledigung in der Fahrzeugzulassung oder die Beantragung und Verlängerung von Ausweispapieren sind eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Angebot. Diese Angebote können jederzeit unabhängig

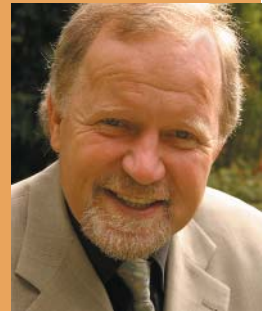
von einer Neuordnung der Stadtbezirksgrenzen beschlossen und umgesetzt werden. Mit Unverständnis reagiert die **SPD-Fraktion** auf die Vertagung. Der SPD-Antrag sieht bereits seit Jahren eine Erweiterung der Serviceangebote für den Bürger vor. Der Rat muss hier endlich beschließen.

Eine Anmerkung zum Schluss:

Einige Bezirksvorsteher sowie auch die CDU-Fraktion in ihrer letzten Veröffentlichung haben offensichtlich verpasst, dass der eigene Antrag vertagt wurde. Fälschlicherweise wurde vorgetragen, dass der neue Bürgerservice bereits im Rat beschlossen ist.

Editorial Auf ein Wort

Demokratie hat klare Spielregeln: Es gibt Wort und Widerwort, Mehrheit und Opposition. Mit diesen Spielregeln soll erreicht werden, dass sowohl im Parlament oder im Stadtrat, aber auch für die Öffentlichkeit deutlich wird, welche Gründe es für eine Entscheidung gibt und welche dagegen sprechen. Die Auseinandersetzung gehört also zur Demokratie, und natürlich das Akzeptieren von Mehrheitsentscheidungen. Nicht akzeptabel ist, wenn Entscheidungen nicht hingenommen werden. Und damit komme ich zu der sicher für CDU und FDP nicht erfreulichen Abstimmung über die Stadtbezirke in der Ratssitzung vom 19.12.2007. Der eigene Antrag von CDU und FDP fand auf Grund einer Gegenstimme aus den eigenen Reihen keine Mehrheit. Absolut nicht in Ordnung und völlig unakzeptabel ist, wenn CDU und FDP nach dieser Abstimmungsniederlage mit ihrer Mehrheit beschließen, über die Anträge der anderen Fraktionen nicht mehr abstimmen zu lassen. Das ist schlicht undemokratisches Verhalten! Seit der letzten Ratssitzung ist nicht versucht worden, mit anderen Fraktionen einen Kompromiss zu suchen. Offenbar will man den eigenen Antrag erneut zur Abstimmung stellen. Dies aber nicht unbedingt in der nächsten Ratssitzung am 27. Februar. Damit ist zu befürchten, dass allein aus Zeitgründen Alternativen nicht mehr möglich wären und es bei einer erneuten Abstimmungsniederlage bei 10 Stadtbezirken bliebe. Ich fordere CDU und FDP auf, in der nächsten Ratssitzung über die Anträge der Fraktionen abzustimmen und eine Entscheidung für die Stadt herbeizuführen. Undemokratische Machtspielchen sind tabu.



In diesem Sinne herzlichst,
Ihr **Lothar Beine**, Fraktionsvorsitzender

RWE-Aktien

Ausverkauf in Mönchengladbach

FDP und CDU beschlossen entgegen aller Warnungen auch aus Fachkreisen den Verkauf der RWE-Aktien.



Verkauf schadet auch der Bibliothek

SPD-Fraktionschef Lothar Beine: "Durch den Verkauf werden nicht nur Schulden sondern auch Vermögen abgebaut. Die Kursentwicklung ist weiterhin durchaus positiv zu bewerten. Jetzt ist jegliche Einflussnahme der Stadt auf die kommunale Geschäftspolitik von RWE genommen."

Die Arbeitnehmer der NVV-AG sehen diese Entwicklung mit Sorge und lehnen den Verkauf ab. Immerhin ist RWE an NVV-AG beteiligt. Durch den Verkauf verliert die Stadt jährliche Dividenden in Höhe von 6,7 Mio. Euro.

Andererseits beträgt eine mögliche Zinsentlastung für getilgte Darlehen rund 6,5 Mio. Euro. Im Übrigen ist durch den Anstieg des Kurswertes in den letzten Jahren das Vermögen erheblich gestiegen - allein in diesem Jahr nach Berechnungen der **SPD-Fraktion** um ca. 9 Mio. Euro."

Sanierung Zentralbibliothek

In diesem Zusammenhang weist die **SPD-Fraktion** noch auf einen weiteren Aspekt hin. Die RWE-Aktien spielen in den Betrieben gewerblicher Art zur Finanzierung z.B. von Museen oder Bibliotheken eine wichtige Rolle. Nach ersten Kostenschätzungen müssen 1,6 Millionen Euro in eine Sanierung der Zentralbibliothek gesteckt werden. Die **SPD-Fraktion** wollte die Dividenden der RWE-Aktien zweckgebunden hierfür verwenden.

"Zugleich sollte die Bibliothek in die Kulturmeile Skulpturengarten, Museum Abteiberg, Adenauerplatz mit dem ECE-Forum verbunden werden. Durch den Verkauf der Aktien ist auch diese Chance vertan," so **Lothar Beine**.

Engagement der Bürger stärken - nicht schwächen

Zur Erinnerung: Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde für rund 200 000 Euro ein Gutachten in Auftrag gegeben. Ziel war die nachhaltige Konsolidierung der Stadtfinanzen. Nun liegt das Gutachten der Firma Rödl & Partner vor. Stolz wird vermeldet, dass die

andere Städte wie Münster und Bonn erwartet hatten. Dabei sind sie allerdings mit zum Teil haarsträubenden Mängeln in der Analyse zu offensichtlich völlig falschen und nicht akzeptablen Vorschlägen gekommen. Zudem haben sie gezeigt, dass sie jegliche Sensibilität vermissen lassen, was zum Beispiel die Vorschläge Richtung Rheydt angeht. Schade um die 200 000 Euro, die das Gutachten gekostet hat."

Einige Beispiele:

Schließung von Schulen, Schließung Stadttheater; Schließung Musikschule, VHS, Bibliothek in Rheydt; Kürzungen Sportvereine, Jugendarbeit, Sozialbereich. Erhebung Miete für Hallen und Plätze von Sportvereinen.



Vereine sollen in Zukunft für Sportanlagen Gebühren zahlen

vorgeschlagenen Maßnahmen in der Summe bis zum Jahr 2011 Sparpotenziale in Höhe von rund 26 Mio. Euro ausweisen. Damit wäre das Ziel des Gutachtens so gut wie erreicht. Also alles in Butter? - Mitnichten! Eigentlich ist das Gutachten eine Quittung für das Versagen der Mehrheit in der Vergangenheit.

Lothar Beine: "Rödl hat in den 77 Maßnahmenvorschlägen genau das geliefert, was wir aus den bereits vorliegenden Gutachten für

Lothar Beine: "Gerade die aktuelle Diskussion über Kinderarmut und Jugendkriminalität zeigt, dass hier jeder Cent bei der Förderung und Betreuung in jungen Jahren sehr gut angelegt ist, und Versäumnisse uns später sehr teuer zu stehen kommen. Wir wollen das ehrenamtliche und hauptamtliche Engagement von Bürgern in Vereinen und Verbänden stärken und nicht schwächen. Die **SPD** wird nicht akzeptieren, dass zu Lasten von Kindern und der sozial Schwachen wichtige Strukturen zerschlagen werden."

SPD-Fraktion: Garde-News



"Kennst du schon unsere neue Dienstanweisung für den Rat?"

"Ich habe davon gehört. Wir müssen den CDU-Ratsmitgliedern zukünftig in der Wahlkabine behilflich sein."

Ehrung für Gülistan Yüksel

Gülistan Yüksel, Vorsitzende des Integrationsrates und SPD-Ratsfrau, ist von Bundespräsident Horst Köhler mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. In Schloss Bellevue lobte er den Einsatz Yüksels für Integration. **Gülistan Yüksel** war vom Bundespräsidenten sehr beein-



v.l.n.r.: OB Norbert Bude, Gülistan Yüksel, Hermann-Josef Krichel-Mäurer, Tayfun Keltek, Lothar Beine
Foto: Jörg Knappe

druckt, und es ergab sich auch die Gelegenheit für ein kurzes persönliches Gespräch. Sie bedankt sich bei allen Menschen, die sie auf diesem Weg zu mehr Integration unterstützt haben.

Die SPD in Mönchengladbach würdigte das Engagement mit einer Feierstunde. An dieser Feierstunde haben viele Menschen aus der lokalen Integrationsarbeit und auch Gülistan Yüksels Familie teilgenommen.

Soziale Elternbeiträge an den Ganztagschulen

Die SPD beantragt eine Staffelung der Elternbeiträge nach Jahreseinkommensgruppen. Nach dem bisherigen Verfahren wird für alle Einkommensgruppen ein Elternbeitrag von

50,00 Euro pro Monat erhoben. Diese können nach Einschätzung der SPD-Fraktion für einige Familien schon zu viel sein.

Konzept der Offenen Ganztagschulen sollen möglichst viele Kinder, besonders aus sogenannten bildungsfernen und einkommensschwachen Bevölkerungsschichten erreicht werden. Ein Weg ist hierbei die soziale Staffelung der Elternbeiträge."



Offene Ganztagschule-ein Modell mit Zukunft
Foto: Jörg Knappe

Für die SPD kommt eine stärkere Belastung gerade der unteren Einkommensgruppen nicht in Frage. Es muss ein vertretbarer Weg für alle Eltern und Kinder angestrebt werden.

Monika Schuster: "In Mönchengladbach darf kein Kind wegen der Elternbeiträge der Weg in die Offene Ganztagschule verbaute werden. Gerade die einkommensschwachen Familien brauchen unsere Unterstützung."

50,00 Euro pro Monat erhoben. Diese können nach Einschätzung der SPD-Fraktion für einige Familien schon zu viel sein.

Ratsfrau Monika Schuster, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: "Mit dem

SPD-Vorschlag ein Erfolg für die Kliniken in MG!

Die Leitung und die Mitarbeiter der Städtischen Kliniken sind erleichtert. Eine Privatisierung, wie insbesondere von der FDP erhofft, wird es in Mönchengladbach nicht geben. So erklärte Franz-Josef Eßer, Geschäftsführer der Städtischen Kliniken, in der Rheinischen-Post vom 21.12.2007: "Die SPD hat durchgesetzt, dass wir gemeinnützig bleiben. Das war gut so."

weitere 40 000 Patienten wurden ambulant versorgt.

SPD-Ratsfrau Monika Berten, Mitglied im Aufsichtsrat der Kliniken: "Die Städtischen Kliniken sind wirtschaftlich gesund und auch mittelfristig als eigenständiges Krankenhaus handlungsfähig. Sie können aus einer Position der Stärke in die Verhandlungen gehen."



Die Städtischen Kliniken gehen gestärkt in die Verhandlungen

Die Städtischen Kliniken haben 1100 Mitarbeiter und 577 Betten. Das Bilanzvolumen beträgt rund 60 Millionen Euro. Rund 23 600 Patienten ließen sich 2007 stationär behandeln,

Die SPD-Fraktion erwartet jetzt eine schnelle Umsetzung der beschlossenen Eckpunkte. So soll die Stelle der Geschäftsführung zum 1. April 2008 besetzt werden. Diese wird dann mit den anderen Krankenhäusern in Mönchengladbach ein tragfähiges Gesamtkonzept entwickeln.

Monika Berten: "Der gesamte Gesundheitsbereich ist in Mönchengladbach ein großer Wirtschaftsfaktor, der vielen Menschen Arbeit bringt. Wir müssen jetzt schnellstens ein medizinisches Gesamtpaket für unsere Stadt schnüren."

Vorgestellt: Henning Haupts

Seit wann sind Sie Ratsmitglied?

Haupts: Seit 2004 bin ich Mitglied im Rat der Stadt Mönchengladbach. Zuvor war ich fünf Jahre stellvertretender Bezirksvorsteher in Rheydt-Mitte.

In welchen Gremien sind Sie noch aktiv?

Haupts: Ich nehme die Interessen der Stadt Mönchengladbach im Aufsichtsrat der Kreisbau AG wahr. Zudem bin ich Sprecher der SPD-Fraktion im Freizeit-, Sport und Bäderausschuss. Des Weiteren gehöre ich dem Planungs- und Bauausschuss und dem Rechnungsprüfungsausschuss an.

Was hat Sie in die Politik geführt?

Haupts: Politik und bürgerschaftliches Engagement war in meiner Familie immer ein Thema. So kam ich über die evangelische Jugend



und die Gewerkschaftsarbeit vor über 30 Jahren zur SPD.

INFO

Henning Haupts

Geboren am 15.06.1959 in Rheydt, **verheiratet**, vier Kinder, arbeitet als **Bundespolizeibeamter**. **Hobbys** sind Nordic-Walking, Schwimmen und Wandern. Ist in **weiteren Funktionen** stellvertretender Vorsitzender im SPD-Ortsverein Rheydt-Mitte.

Was sind Ihre politischen Schwerpunkte?

Haupts: Mönchengladbach ist Sportstadt und das soll auch so bleiben. Der neue Sportentwicklungsplan ist ein gutes Instrument. Wir müssen aktuelle Trends aufgreifen. Aber jede Aufgabe von Sportanlagen ist genau auf ihre Auswirkung hin zu überprüfen. Gerade die öffentlichen Sportanlagen, die Parks und Grünzüge in unserer Stadt dienen der Jugend, den Schulen, Vereinen und dem Individualsportler als Übungsraum. Zugleich bieten diese den Menschen einen Rückzugsort sowie eine Stätte der Erholung. Diese Lebensqualität gilt es zu erhalten.

Was bewegt Sie besonders?

Haupts: Alle reden von Prävention vor Gewalt und Förderung gerade für Kinder und Jugendliche. Zugleich schlagen die von FDP und CDU herbeigerufenen Gutachter die Schließung von Sportanlagen und Gebühren für die Sportvereine vor. Jedes Sportangebot ist sinnvoller als Erziehungscamps.

Stadtbezirke: "Arroganz führt in die Sackgasse"

So kommentiert **SPD-Fraktionschef Lothar Beine** das Abstimmungsdesaster für FDP und CDU in der Durchsetzung des Vierer-Modells. Er bekräftigt dabei, dass die **SPD** in der Bezirksfrage immer Gesprächsbereitschaft angeboten hatte.

INFO

Der **SPD-Vorschlag** sieht folgende Lösung mit fünf Stadtbezirken vor:

Neben den zentralen Stadtbezirken Mönchengladbach und Rheydt (bestehend aus den bisherigen Bezirken Rheydt-Mitte und Rheydt-West) werden neue Stadtbezirke gebildet. Die bisherigen Stadtbezirke Rheindahlen-Holt und Hardt-Venn werden zu einem neuen Stadtbezirk West zusammengelegt. Die Stadtbezirke Volksgarten und Neuwerk bilden den Stadtbezirk Ost, wobei der Bereich "City-Ost" dem Stadtbezirk Mönchengladbach-Mitte zugeschlagen wird. Die bisherigen Stadtbezirke Giesenkirchen, Odenkirchen und Wickrath werden unter Einbeziehung von Teilen aus Mülfort zu einem weiteren Stadtbezirk Süd zusammengeschlossen.

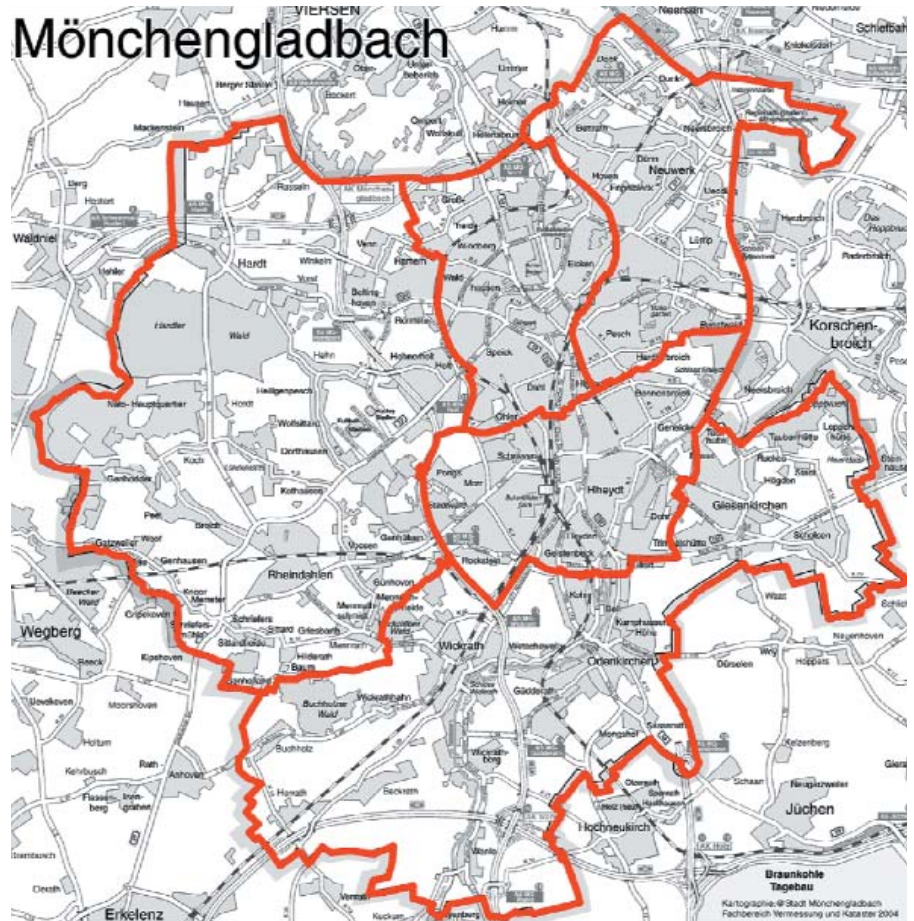
Nach Einschätzung der **SPD-Fraktion** steht die Ratsmehrheit von FDP und CDU vor einem Scherbenhaufen, der so leicht nicht mehr zu beseitigen ist.

Lothar Beine: "Wir bedauern ausdrücklich, dass die Chance für einen breiten Konsens in Richtung eines Fünfer-Bezirksmodells nicht genutzt wurde. Die Einteilung in fünf Bezirke erfüllt alle gesetzlichen Vorgaben und ist eine ausgewogene Antwort auf die zukünftige Stadtentwicklung. Die **SPD** warnt zugleich FDP und CDU eindringlich vor einem zweiten Versuch, das Vierer-Bezirksmodell erneut im Rat abstimmen zu lassen."

Heftig kritisiert die **SPD-Fraktion** die Absetzung und Vertagung der anderen Fraktionsanträge zu den Bezirken von der Tagesordnung.

Lothar Beine: "Die arroganten Äußerungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jansen-Winkeln vor der Abstimmungsniederlage machen den gesamten Prozess nur noch schwieriger. So tönte er lauthals von einer historischen Abstimmung und dem Beweis, dass die Koalition aus FDP und CDU steht. Mir fällt dabei nur ein: "Hochmut kommt vor dem Fall."

Die Vertagung der anderen Fraktionsanträge macht nur deutlich, dass der Weg der Arroganz fortgesetzt werden soll. So auch auf Kosten demokratischer Spielregeln.



Fünf Stadtbezirke sind genug

Es geht um "Pöstchen" und nicht um Politik

Nach dem Bezirksdesaster und der weiteren Verschiebung der Haushaltsberatung ist vieles klar.

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine: "Zuerst müssen lukrative Pöstchen, wie bei der Entwicklungsgesellschaft Mönchengladbach (EWMG), verteilt werden. Offensichtlich sind sich FDP und CDU in dieser Frage noch nicht einig."

Die Fraktionen erhalten jetzt schnellstens die Bewertungen der Gutachternvorschläge von Rödl & Partner für den Haushalt und von Ramboll-BDO für den Baubereich durch die Verwaltung. Diese Unterlagen wird die **SPD-Fraktion** sehr genau auf mögliche Auswirkungen hin prüfen. FDP und CDU haben offensichtlich andere Probleme. Müssen diese doch plausible Gründe für die 350 000 Euro finden, die die beiden Gutachter kassieren, und vorher noch den "Pöstchenkuchen" verteilen. Viele dringende Maßnahmen werden weiter verschoben. Betroffen sind insbesondere Investitionen in Schulen und Straßen. Die **SPD-Fraktion** fordert Entscheidungen für die Stadt und keine Blockade von FDP und CDU.

"Wer sich nicht bewegt, weil er sich seiner Mehrheiten nicht sicher ist, bewegt auch nichts für unsere Stadt. Die **SPD** ist mit Oberbürgermeister **Norbert Bude** einig, dass dieser Stillstand der Stadt schadet", so der **SPD-Fraktionschef**.

RatAktuell 01/2008

Auflage: 2000 (im Postversand)

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion

Mönchengladbach

Brucknerallee 126

41236 Mönchengladbach

Tel: 02166/9 24 90-30

Fax: 02166/9 24 90-34

Mail: spdratmg@online.de

Internet: <http://fraktion.spd-mg.de>

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)

Lothar Beine

Bilder: SPD, www.pixelio.de

Neue Anschrift?

Neuer Interessent?

Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!